



<https://biz.li/53en>

CDU/FDP ZEIGT SICH ALARMIERT: "ANGRIFFE AUF RETTUNGSKRÄFTE UND KLINIKPERSONAL SIND KEINE EINZELFÄLLE"

Veröffentlicht am 06.04.2025 um 16:33 von Redaktion AltkreisBlitz

Die Gruppe CDU/FDP in der Regionsversammlung zeigt sich tief besorgt über die Übergriffe auf Rettungskräfte und medizinisches Personal in der Region Hannover. "Eine Anfrage der Gruppe an die Regionsverwaltung hat ergeben, dass insbesondere das KRH Klinikum Nordstadt von einem besorgniserregenden Anstieg der Vorfälle betroffen ist", so die Gruppe in einer Pressemitteilung. "Jeder einzelne Übergriff auf Menschen, die helfen wollen und tagtäglich für unsere Sicherheit und Gesundheit im Einsatz sind, ist einer zu viel. Solche Taten richten sich nicht nur gegen Einzelne – sie sind ein Angriff auf unsere gesamte Gesellschaft", erklärt Oliver Brandt, gesundheitspolitischer Sprecher der Gruppe CDU/FDP. Gerade die Nordstadtklinik, die eine zentrale Rolle in der Notfallversorgung einnimmt, ist laut Anfrageergebnis besonders häufig betroffen. Die Vielzahl an gemeldeten Vorfällen zeigt aus Sicht der CDU/FDP-Gruppe eine beunruhigende Entwicklung auf. "Dass sich Gewalt und Respektlosigkeit gegen diejenigen richten, die im Dienste des Gemeinwohls stehen, ist schlichtweg inakzeptabel. Die steigende Zahl an Übergriffen im KRH Nordstadt erfüllt uns mit großer Sorge. Hier muss entschieden gegengesteuert werden – mit mehr Schutz für das Personal, besserer Prävention und klaren Konsequenzen für Täter", so Brandt weiter. Die CDU/FDP-Gruppe fordert daher mehr Schutzmaßnahmen für Einsatzkräfte und Klinikpersonal – insbesondere an stark belasteten Standorten wie dem Klinikum Nordstadt. Dazu zählen unter anderem eine bessere personelle Ausstattung im Sicherheitsdienst, gezielte Deeskalationsschulungen sowie bauliche Schutzkonzepte für sensible Bereiche wie Notaufnahmen. "Wir erwarten von der Regionsverwaltung, dass sie gemeinsam mit dem KRH und weiteren Akteuren zügig ein Maßnahmenpaket entwickelt, das sowohl kurzfristige Entlastung schafft als auch langfristig Sicherheit garantiert. Wer Menschen in Not hilft, verdient unseren Respekt und unsere volle Rückendeckung – nicht Angst vor Gewalt im Dienst", betont Brandt abschließend.